

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden.
Naden & Comp., Nr. 1203.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postkonto:
Gebr. Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altkstadt

Abzugssatz einjährlich 2000,— M., durch die Post bezogen monatlich 2000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 650,— M., Einzelnummer 80,— M., Sonnabendnummer 100,— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schreibleitung: Weinbergplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Verkaufsstelle: Weinbergplatz 10. Tel. 25261.
Verkaufszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die vierpolige Komparatzeile 200,— M., auswärts 275,— M., die halbpalme Komparatzeile 1200,— M., auswärts 1600,— M., Anschlag 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Anschlag Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietanzeigen 40 Proz. Rabatt. Für Briefmarken 90 M.

Nr. 42

Dresden, Montag den 19. Februar 1923

34. Jahrg.

Ein abgekartetes Spiel?!

Es ist für uns deutsche Sozialdemokraten immer interessant gewesen, zu erfahren, wie die Genossen anderer Länder unsere politische Situation einschätzen, und so wurden denn die Vorträge, die Genosse Edo Timmen aus Amsterdam, der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, jüngst in einer Reihe der Großstädte hielt, mit großem Interesse aufgenommen. Auch die Dresdner Versammlung bewies, daß die sozialdemokratische Arbeiterkraft sich trotz aller praktischen Kleinarbeit eifrig für die Sache der Arbeiterbewegung interessiert hat, die weltpolitischen Probleme in ihren großen Zusammenhängen zu sehen und mit der Fadel der politischen Phantasie auch in jenes Dunkel zu leuchten, wo die Erkenntnis des nüchternen Verstandes nicht weiterkommt. Aber notwendig ist bei solchen Betrachtungen, daß die Wahrscheinlichkeitsberechnungen logisch sind. In einigen Stellen des Timmen'schen Vortrages sahen uns diese Logik manchmal etwas zu kurz zu kommen.

Das wäre für uns kein Anlaß gewesen, den wirkungsvollen Vortrag kritisch zu betrachten, da wir unsern Standpunkt zur Ruhrkrise mehrfach dargelegt haben und die sozialdemokratische Presse ihren Lesern ein selbständiges Urteil in solchen Fällen zutrauen muß. Nachdem jedoch der Vortrags in seiner Sonntagsausgabe zu einigen Punkten der von Timmen vertretenen Auffassungen, die in ausländischen Genossenschaftskreisen verbreitet sein mag, mit einem längeren Artikel Stellung genommen, möchten wir kurz noch einiges dazu sagen. Zumal die kommunistische Presse beginnt, den Vortrag unsern beländischen Genossen zu allerhand Verwirrungsmanövern auszuklaffen. Der Vortrags hat unsern Grundsatz vollständig recht, wenn er im Laufe seines Artikels schreibt:

Timmen vertritt nun die Auffassung, daß die Ruhrbesetzung den deutschen Unternehmern überhaupt nicht gelte, sondern ausschließlich den deutschen Arbeitern. Die ganze Aktion sei gewissermaßen ein gemeinsames Unternehmen des französischen und des deutschen Kapitalismus, die hinter ihre West machen, falls er nicht schon verabschiedet sei. Wir hätten demnach den deutschen und den französischen Kapitalismus im Ruhrgebiet gegen uns, verstärkt durch den französischen Militarismus. Ohne darüber zu streiten, ob es richtig ist, daß sich der Kapitalismus in Deutschland und in Frankreich mit dem französischen Militarismus an unserer Unterdrückung verbunden hat, stellen wir fest, daß die angeblich nicht nur vom Kapitalismus, sondern auch in besonderer Weise vom Militarismus bedrückt sind.

In dieser Situation weiß man uns seinen andern Rat, als den, den deutschen Kapitalismus in Deutschland niederzurufen und damit den Arbeitern der übrigen Länder mit gutem Beispiel voranzugehen, um sie dadurch zum Kampfe gegen den Kapitalismus in ihren Ländern zu ermuntern und sie zu unserer Unterdrückung anzuspornen und zu befehlen.

Wir müssen schon gestehen, daß hier etwas von der deutschen Arbeiterkraft gelochert wird, was ihr, gemessen an der ungleichen Verteilung der Kräfte, nicht wohl zugemutet werden kann, was weiter aber uns auch aus andern Gründen nicht recht einleuchtet. Als erster Grund könnte nämlich im besten Falle dabei eine Ablehnung des deutschen vom französischen und belgischen Kapitalismus betraut. Da der Kapitalismus in allen Ländern auf gleicher Kulturstufe sich gleich ist, kann der französische Kapitalismus um kein Haar besser sein als der deutsche. Der Tausch, den wir machen, wäre also zwecklos.

Möglich, daß es uns gelänge, den Kapitalismus in Deutschland, zumal unter aktiver Mitwirkung des ausländischen Militarismus, im Ruhrgebiet niederzurufen. Wir hätten dann die Position des Kapitalismus und des Militarismus in Frankreich und Belgien gestärkt, ohne etwas dabei zu gewinnen. Da schließlich aber der Kapitalismus in diesen Ländern mit dem in Deutschland seinen Frieden und seinen Wohlstand macht, hätten wir eine Sisyphusarbeit geleistet.

Die deutschen Genossenschaften sind in Adaptionen nicht ganz unversiert und unerfahren, sie haben bisher gezeigt, daß sie es den gegebenen Verhältnissen entsprechend verstanden haben, die Kampfmittel zur Anwendung zu bringen, die ihre Gegenseite erwidert und ermöglicht. Sie werden nach wie vor im Kampfe gegen die kapitalistische Wirtschaft ihre Pläne setzen, ausnahmslos aber in ihre größte Sorge, den Militarismus im Lande wieder loszuwerden.

Die Gedanken, die hier entwickelt werden, sind Gemeingut der gesamten sozialdemokratischen Partei, und vor allem die Arbeiterkraft des Ruhrreviers weiß sehr gut, in welchem schmerzlichen Gegenstand die gesamte freie Arbeiterkraft zur kapitalistischen Weltordnung steht. Dieser Gegenstand darf uns jedoch nicht hindern, sondern muß es uns um so mehr zur Pflicht machen, den fremden Militarismus wieder aus dem Lande hinauszubringen, um die politischen Grundrechte hochzuhalten, die wir zum Kampfe gegen den einheimischen Kapitalismus brauchen. Das alles hat Genosse Timmen auch nicht bestritten, er fordert im Gegenteil einen internationalen Widerstand. Aber zu ganz falschen Schlüssen muß doch dann eine Auffassung verleiten, die hinter dem ganzen Ruhrdebate ein „abgekartetes Spiel“ des deutschen und des französischen Kapitalismus vermutet. Wir halten diese politische Philosophie für besonders unlogisch, weil von einem solchen abgekarteten Spiel mindestens die deutschen Kapitalisten wissen würden und weil dann binnen kurzem scharfe Interessenkonflikte im Lager der deutschen Kapitalisten ausbrechen müßten. Mag sein, daß eine gewisse großindustrielle Gruppe daran interessiert ist, im Ruhrrevier einige Arbeiterrechte mit französischen Wagnern zu besetzen

zu lassen; mag sein, daß diese Schicht verbrecherisch genug gewesen ist, den französischen Raubzug zu begünstigen. Aber die wirtschaftlichen Schädigungen, die mit der Raub- und dieses industriellen Zentrums für das gesamte deutsche Volk und damit auch für den größten Teil der deutschen Kapitalisten verbunden sind, müßte sehr bald aus den Professen der Kapitalisten entschiedene Proteste gegen eine solche großindustrielle Politik erzeugen, wenn sie bei der Befestigung eine entscheidende Rolle spielen würde.

Wir halten es für möglich, daß die Kohlen- und Eisenindustrie des Ruhrgebietes sich mit den französischen Schwerkriegsindustriellen zu verständigen sucht. Gegen solche Verständigungsversuche an sich ist vom Standpunkte der sozialdemokratischen Arbeiterkraft nichts einzuwenden, wenn sie uns dem Ende der Ruhrbesetzung und der deutsch-französischen Entspannung näherbringen, wenn sie nicht auf Kosten der werktätigen Volksmassen gehen. Sollte es zu einem solchen Einvernehmen zwischen der französischen und der deutschen Schwerindustrie kommen, so müßten die Deutschen und die Parliamente unter allen Umständen verlangen, daß die Entscheidung der Volksgemeinschaft dabei nicht ausgeschaltet wird. In jedem Falle ist für die Arbeiterkraft des Ruhrreviers der Kampf gegen die Vertreibung ein Klassenkampf wider einen wirtschaftlich ausländischen Kapitalismus, der ein wehrloses Volk mit Waffengewalt ausbeuten will.

Ungeheure Papierpreise

Neuerdings sind die Papierpreise wieder ganz gewaltig erhöht worden. Die Preise für ein Kilo Rollenpapier betragen im Frieden 21 Pf., am 1. Januar 500 M., am 15. Januar 593 M., am 1. Februar 1170 M. und seit dem 15. Februar 1440 M. Die Papierpreise betragen also ungefähr das 6000fache des Friedenspreises und sind seit dem 1. Januar um 180 Prozent gestiegen. Die Papierfabrikanten behaupten natürlich, daß sie an dieser Preissteigerung unschuldig sind und rechtfertigen sie mit der Erhöhung der Kohlenpreise und der Preisen. Aber wir sind es ja gewohnt, daß jeder, der die Preise erhöht, immer die Schuld auf andre schiebt. Wichtig ist, daß bei dem wichtigsten Rohstoff des Papiers, dem Holz, ein ganz unerhörter Wucher getrieben wird. Fast nirgends sind die Preise so in die Höhe geklettert wie beim Holz.

Welche Gefahren für die Presse und damit für unser ganzes öffentliches Leben die ungeheuren Papierpreise bedeuten, ist schon oft genug gesagt worden und braucht kaum wiederholt zu werden. Den bürgerlichen Inferatenspartagaten mag es leicht sein, sich mit den hohen Papierpreisen abzufinden, für die sozialdemokratische Presse aber, die nicht in

dem Maße mit Inferaten gesegnet ist, sind sie unerträglich. Bergebillig sind bisher die Verfügungen aufgeföhrt worden, gegen die Papierpreisverteuerung mit der gebotenen Energie vorzugehen. Die Abgaben, die man den Waldbesitzern zur Unterstützung der Presse auferlegt hat, sind durchaus ungenügend und nützen der Presse schon deshalb nichts, weil die Summen, die auf diese Weise einkommen, der Presse erst nach Monaten ausgezahlt werden, wenn sie durch die Geldentwertung völlig bedeutungslos geworden sind.

Wir müssen leider erleben, daß sich unsere Regierungen als Waldbesitzer am Holzwucher recht eifrig beteiligen. Im Reichsrat haben sich die Vertreter der Länder sogar gegen die notwendige Erhöhung der Abgaben, die den Waldbesitzern auferlegt werden sollten, gewandt. Es wäre die Pflicht unserer Regierungen, sowohl im Reich als auch in den Ländern, endlich durch wirksame Maßnahmen zu verhindern, daß durch das Hinaufstreifen der Holz- und Papierpreise die Existenz der Presse so schwer gefährdet wird. Besonders die Vertreter der Sozialdemokratie in den Regierungen hätten allen Anlaß, das Jähzorn zum Schwerte der Presse zu tun. Ist es doch gerade die sozialdemokratische Arbeiterpresse, die durch den jetzigen Zustand aufs schwerste gefährdet wird.

Marktverbesserung, aber keine Preisfierung

Der preussische Handelsminister hat an sämtliche Handelskammern nachstehenden Erlaß geschickt:

Es hat sich gezeigt, daß die erfreuliche Besserung, welche der Stand der Markt in der letzten Zeit erfahren hat, in den Warenpreisen vielfach noch keinen oder nur ungenügenden Ausdruck gefunden hat. Jederfall muß festgestellt werden, daß die Anpassung an die Marktlage sich beim Sinken der Markt ungleich schneller und in erheblich stärkerem Maße zu vollziehen pflegt, als es sich bei der umgekehrten Entwicklung zeigt.

Es liegt auf der Hand, daß hierdurch die Beunruhigung über die ungeheure Preissteigerung, welche nach dem vorausgehenden Marktumschwung einsetzte, noch weiter gesteigert wird, und daß eine derartige Entwicklung bei der Bevölkerung auf starken Widerstand stoßen muß. So wenig ich die schwierige Lage der Wirtschaft, welche sich für das gesamte Wirtschaftsleben und in besonderem Maße für den Handel aus dem schnellen Wechsel des Marktes ergibt, so muß ich doch der bestimmten Erwartung Ausdruck geben, daß die beteiligten Kreise, sich der durch die politischen Verhältnisse verschärften besonderen Verantwortung bewußt, den berechtigten Interessen der Verbraucher die gebotenen Rücksichten entgegenbringen. Ich behalte mir vor, auf die Anwesenheit alsbald zurückzukommen, ersuche aber jetzt, mit der durch die Umstände gebotenen Beschleunigung auf die beteiligten Kreise in vorstehendem Sinne bereits jetzt einzuwirken.

Militaristische Provokationspolitik

Ruhrgebiet, 17. Februar. (Fig. Draht.) Die Lage spitzt sich im Ruhrgebiet immer mehr zu. In den letzten Tagen häufen sich die Meldungen über Gewaltmaßnahmen der Franzosen unter offener Billigung der französischen Führung. Konnte man bei früheren Vorgängen dieser Art vielleicht noch Entgleisungen eines einzelnen Offiziers annehmen, so steht jetzt fest, daß man von Paris aus degoutierte freie Hand gelassen hat.

Degoutte, der Militär, der Mann, der wie jeder Militär, nur seinen „Auftrag“ sieht, der nicht gehemmt wird durch irgendeine Ethik über politische und psychologische Wirkungen, führt seine rein militärisch gestellte Aufgabe rücksichtslos durch. Wo ihm Widerstand entgegengesetzt wird, das heißt wo ein Deutscher wagt, sich nicht blindlings zu unterwerfen, wird zugeworfen — mit Gewalt! Menschen werden mißhandelt, gefesselt, niedergeschlagen und nach dem Gesetz der Massenpsychologie werden in den Menschen, die solche Arbeit verrichten sollen, die schlimmsten Instinkte entlockt. Es ist tatsächlich eine rasende Soldateska, die jetzt auf die Ruhrbevölkerung losgelassen wird und es ist schwer, ohne innere Peinigung all die empfindenden Vorgänge zu registrieren, die sich in diesen Tagen abgelehrt haben.

Verzuchen wir trotzdem, mit beherrschter Nüchternheit eine Analyse der Handlungsweise der Franzosen vorzunehmen, so zeigt sich auch hier eine gewisse Schwächlichkeit: von Paris aus kann man nicht mehr zuräde, man hat sich politisch zu sehr engagiert. Die Methoden der „friedlichen“ Durchbringung haben durch den possiblen Widerstand total versagt. Ob man will oder nicht, man muß einem Militär die ganze Arbeit überlassen und wird nun selbst nicht mehr diesen Verlauf der Entwicklung in der Hand haben.

Werden nun die Ruhrarbeiter, auf die es besonders ankommt, die Nerben behalten? Das ist die ganze Frage, die niemand beantworten kann. Was aber kommen würde, wenn das nicht mehr möglich ist, wäre nur dem Schuldkonto der Franzosen zuzuführen. Bis jetzt ist es noch möglich gewesen, mit äußerster Anspannung und der größten Selbsterkämpfung die Ruhrbevölkerung zum Ausdauern zusammenzuhalten. Eine andre

Bevölkerung wäre unter der Last dieser Bedrückung schon längst zusammengebrochen. Wenn der Damm aber bricht, entstehen Komplikationen, die heute noch unübersehbar sind. In voller Würdigung dieser Situation haben die Bergarbeiter ihren Aufruf erlassen. Warnend weisen sie unter anderem darauf hin, daß auch Kommunisten und Unionisten mit ihrer Politik bewußt oder unbewußt die Pläne Poincarés unterstützen.

So stehen die Dinge in diesen Tagen und wir haben alle Ursache, besondere Aufmerksamkeit auf die neue Phase des schweren Kampfes im Ruhrgebiet zu lenken.

Neues Blutbergießen

Sohum, 17. Februar. (W. L. A.) Heute vormittag erschien auf der Besatzung ein Kommando von fünf Franzosen, um Holz aufzuladen. Die Besatzung verweigerte die Abfahrt und schloß das Tor. Die Franzosen gingen fort, leiteten aber bald mit Verstärkung wieder. Das Revier wurde durch Maschinenrevolverfeuer geschützt. Drei Angeln trafen den 15jährigen Arbeiter Sieghar, der bald darauf starb. Ein anderer Arbeiter wurde verletzt. Die Besatzung ist heute mittag nicht angefahren.

Nachen, 18. Februar. (W. L. A.) Am 15. Februar wurde gegen 10½ Uhr abends auf dem Gumnitzer Weg in Nachen der in Nachen stationierte Schafner Hilke erschossen.

Effen, 18. Februar. (Würgerl. Presse.) Aus Effen ist gemeldet, daß ein Franzose auf eine Frau schuß und sie schwer verletzte. Die Verwundete wurde in das hiesige Krankenhaus aufgenommen.

Effen, 18. Februar. (Würgerl. Presse.) Effen wurde hier ein französischer Offizier von einem Säubereiter, der von dem Franzosen tödlich angegriffen worden war, erschossen. Der Säubereiter entzog sich der Festnahme durch die Flucht.

Gewaltsame Selbstwegnahme

Wesselnkirchen, 18. Februar. (Fig. Drahtbericht.) Die Franzosen, die wieder eingerückt sind, treiben die der Stadt auferlegte Buße von 100 Millionen Mark mit Gewalt ein, indem sie in Banken, Geschäften und bei einzelnen Personen alle Beträge, deren sie habhaft werden können, beschlagnahmen. Im Barmen Bauverein haben sie sich so 20 Millionen Mark angeeignet. Die Post hat ihren Betrieb eingestellt. Die Schupo polizei macht zur in